

WASSER FÜR MENSCHEN STATT FÜR KONZERNE!

Was wir tun müssen, um unser knapper werdendes Wasser in der Klimakrise gegen Ausbeutung und Verschmutzung zu schützen

EINLEITUNG

Die Klimakrise ist da und sie ist eine Wasserkrise: Deutschland ist eine der Regionen, die durch Trockenheit, Verdunstung und Übernutzung weltweit am meisten Wasser verlieren wird und gleichzeitig immer stärker von Überschwemmungen betroffen ist. Die Grundwasserneubildung ist in den letzten 20 Jahren um bis zu 20 Prozent zurückgegangen – Deutschland hat nach neueren Studien vermutlich Wasser in der Menge des Bodensees verloren!

Auch 2025 erlebt Deutschland einen dramatischen Hitze- und Dürresommer. Außergewöhnliche Dürreperiode wie 2018 oder 2022 traten zuvor nur alle 50 Jahre auf. In vielen Bundesländern verzeichnen die Grundwassermessstellen neue Tiefststände. In über 50 Landkreisen, vor allem im Süden Baden-Württembergs, in Niedersachsen, Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg, wurden bereits Entnahmeverbote und Einschränkungen erlassen: So dürfen Äcker, Sportplätze, Parks und private Gärten in Salzgitter oder Hannover ab bestimmten Temperaturen tagsüber nicht bewässert werden. In anderen Landkreisen wie am Bodensee, an der Saale, Spree oder Elbe wurde die Wasserentnahme aus Oberflächengewässern wie Seen, Bächen und Flüssen für Privathaushalte, Gärtnereien und Landwirt:innen grundsätzlich untersagt. Akteure wie der Deutsche Städtetag und der Städte- und Gemeindebund rufen die Bürger:innen zum Wassersparen auf.

Doch private Spar-Appelle werden die Wasserkrise nicht lösen: Die größten Wasserschlucker sind die klimaschädlichen Industrie- und Energiekonzerne – und gemeinsam mit einer neoliberalen Politik torpedieren sie den Schutz unserer Wasserressourcen! Fossile Kohle- und Gaskonzerne, Chemie-, Stahl- und Papierindustrie, Auto- und Agrarkonzerne allein nutzen und verschmutzen jährlich etwa 70 Prozent des hierzulande verbrauchten Wassers. Das sind unfassbare 10 Milliarden Kubikmeter Wasser pro Jahr! Und das häufig ohne Entnahmegebühr ("Wassercent") und mit jahrzehntelangen

Entnahmerechten. Die Landwirtschaft verbraucht laut offiziellen Zahlen jährlich etwa 1,5 Milliarden Kubikmeter Wasser, Tendenz steigend. Doch die Dunkelziffer ist riesig, denn viele Landwirt:innen in ganz Deutschland schöpfen ohne Wasserzähler aus eigenen Brunnen. Dabei leiden Regionen wie Brandenburg, Sachsen und Franken schon jetzt unter Wassermangel.

Während alle anderen Wasser sparen sollen, dürfen die großen Wassernutzer ungehindert weiter Milliarden Liter wertvolles Wasser aus dem Boden, Flüssen und Seen pumpen! In der aktuellen Dürre plant keine Landesregierung, den riesigen industriellen Wasserverbrauch zu reduzieren oder die Preise spürbar zu erhöhen. Expert:innen warnen, dass bis 2050 die jährliche Wasserverfügbarkeit pro Kopf in manchen Regionen hierzulande um bis zu 40 % sinken könnte, was Wasserkonflikte um eine gerechte Nutzung und Verteilung weiter verschärfen wird. Jetzt kommen große Fragen auf uns zu: Wer muss Wasser sparen? Wer bekommt wie viel? Und wer zahlt einen fairen Anteil?

Als wäre die Wasserknappheit allein nicht genug, treten neue Akteure auf den Plan: Konzerne und Kapitalanleger:innen wollen mit unseren knapper werdenden Wasservorkommen Profite machen. Öffentliche Brunnen, Leitungsnetze und Wasserwerke werden gezielt aufgekauft, um unser Wasser teuer zu verkaufen und mit steigenden Preisen Profite aus der Wasserkrise zu schlagen. An manchen Börsen wird bereits mit der Wasserkrise spekuliert.

Gegen diese Ungerechtigkeiten machen wir mobil! Gemeinsam mit Umweltverbänden, Wasserwerken und lokalen Bürger:innen-Initiativen wollen wir den Druck auf die Politik erhöhen, Wassernutzungen gerecht zu regulieren und den Vorrang der Trinkwasserversorgung für die Bevölkerung klar festzuschreiben. Wir wollen unsere Wasservorkommen schützen und die menschengemachte Wasserkrise nachhaltig und sozial gerecht lösen!

UNSERE FORDERUNGEN

PRÄAMBEL

Recht auf Wasser: Wasser ist Leben, keine Ware!

Wasser ist Leben. Punkt. Keine Ware, keine Kapitalanlage, kein Luxus. Wasser ist Grundlage für alles menschliche und nicht-menschliche Leben, alle Ökosysteme, friedliche Gesellschaften und freie Lebensgestaltung. Wasser ist

auch „Kernbereich der Daseinsvorsorge“: Alle Menschen und Lebewesen haben jetzt und in Zukunft das gleiche Recht auf sauberes und ausreichendes Wasser und sanitäre Grundversorgung.

KLIMAGERECHTIGKEIT

1. Klimagerechtigkeit: Die Ursachen der Wasserkrise bekämpfen

Klimagerechtigkeit schafft die Grundlage für Wassergerechtigkeit. Mit der Wasserkrise befinden wir uns bereits mitten in der Verteilungsdebatte der Klimaanpassung: Wer kriegt wie viel vom schrumpfenden Wasserkuchen? Dabei dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren, was die Hauptursache für die wachsenden Dürren, Starkregen und Überschwemmungen ist: Emissionen aus fossilen Brennstoffen, die vor allem im globalen Norden ausgestoßen werden und die Klimakrise vor allem im Globalen Süden anheizen. Je länger ambitionierte klimagerechte Politik ausbleibt, desto massiver werden die gesellschaftlichen Verteilungskämpfe um Wasser und andere existenzielle Ressourcen hierzulande und global ausfallen. Die Klimaungerechtigkeiten werden in der Wasserkrise konkret sichtbar: Von knapperen, teureren oder verschmutzten Wasserressourcen, Starkregen oder Flutereignissen sind vor allem marginalisierte und vulnerable Gruppen betroffen.

Statt Klimaschutzmaßnahmen rückabzuwickeln, müssen eine radikale Dekarbonisierung aller Sektoren und eine klimagerechte Transformation unserer Gesellschaften vorangetrieben werden. Konsequenter Klimaschutz ist immer noch der stärkste Wasserschutz: So wäre ein beschleunigter Kohleausstieg das Beste, was den Wasserhaushalten passieren kann. Bereits das Abschalten der Atommeiler hat den Wasserverbrauch der Energiewirtschaft um 17% reduziert! Ein verstärkter Einstieg in Gaskraftwerke und die Verunsicherung des Ausbaus erneuerbarer Energien, wie von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche angestoßen, verschärfen die Klima- und Wasserkrise.

2. Klare Vorrangregelungen: Konzernen das Wasser drosseln!

Wie kann es sein, dass der Kohlekonzern LEAG Milliarden Liter Wasser verbraucht, aber für die Menschen der Region und flussabwärts die Verfügbarkeit immer knapper wird und Verbrauchsmengen gedeckelt werden? Es braucht klare Vorrangregelungen für die öffentliche Wasserversorgung, damit die lokalen Behörden bei regionaler Knappheit unsere Wasserressourcen langfristig konsequent schützen können.

Die bestehende Wassergesetzgebung ist zu schwammig und zurückhaltend: Wir fordern, dass der Erhalt gesunder Ökosysteme und die kostengünstige öffentliche Trinkwasserversorgung für die Menschen eindeutige Priorität gegenüber allen anderen Nutzungen hat! Bei regionalen Nutzungskonflikten durch abnehmende Wasserverfügbarkeit müssen sich Konzerne, industrielle Agrarbetriebe und andere Unternehmen und Gewerbe „hinten anstellen“. Bei Wasserentnahmen aus demselben Grundwasserkörper muss kommunalen Versorgern eindeutig Vorrang gegenüber industriellen und landwirtschaftlichen Nutzern eingeräumt werden. Bevor der Wasserverbrauch von privaten Haushalten begrenzt wird, müssen zuerst Unternehmen Wasserdeckel verordnet werden. Wir fordern, dass Entnahmerechte von Konzernen ohne Entschädigungen zurückgenommen werden können, wenn darin zugesprochene Mengen für die Daseinsvorsorge notwendig sind. Wasser für unser Leben statt für Profite!

DEMOKRATISCHE PERSPEKTIVE

3. Wasser ist Gemeingut: Rekommunalisierung statt Privatisierung!

Alle Menschen müssen jederzeit Zugang zu sauberem und ausreichendem Trinkwasser haben. Es ist ein lebensnotwendiges, öffentliches Gut, von dessen Nutzung niemand ausgeschlossen werden darf. Daher müssen wir die neoliberale Übernahme und Ausbeutung unserer Wasservorkommen bekämpfen: Denn die Unterwerfung unter Profitlogik gefährdet die Verfügbarkeit, Qualität und Versorgung mit Wasser für alle. Beispiele wie in England oder Chile zeigen, was für verheerende soziale und ökologische Folgen eine privatisierte Wasserversorgung bedeutet: Statt mit langfristigen Investitionen wie Rohre und Netze zu warten und zu reparieren, werden kurzfristig maximale Profite abgeschöpft, Gewässer verschmutzt und die Wasserpreise immer weiter verteuert.

In Baruth, Treuchtlingen oder Berlin gilt: Wasser darf kein Privateigentum, Handelsware oder Spekulationsobjekt sein. Wasser gehört niemandem! Wir müssen Grundwasserspeicher, Quellen, Flüsse, Seen oder Moore über kommunale und Ländergrenzen hinweg als Gemeingüter verstehen, sie verwalten und erhalten. Gegenwärtig tragen Kommunen die Verantwortung für die funktionierende Trinkwasserversorgung und die Sicherung der sanitären Grundversorgung. Wir brauchen eine demokratische Kontrolle über unsere Wasservorkommen, die Förderrechte und die Infrastruktur wie Aufbereitungsanlagen, Rohrleitungssysteme und Abwasserleitungen. Sie

müssen von der Allgemeinheit gebaut, besessen, gewartet und kontrolliert werden.

Privatisierungen müssen durch gesetzliche Regelungen verhindert werden.

Mögliche Verkäufe von öffentlichen Brunnen an Konzerne wie Red Bull oder Aldi Nord könnten durch eine Genehmigungspflicht und starken Begrenzungen der Entnahmemengen eingeschränkt werden. Eine drohende Liberalisierung und Privatisierung im Wassersektor durch die Wasserstrategie der EU-Kommission müssen bekämpft werden: Investitionen wie neue Fernwasserleitungen dürfen nur ohne private Investoren erfolgen – damit die Infrastruktur Gemeingut bleibt.

4. Wasserräte: Wer wie viel bekommt, entscheiden wir alle!

Wir müssen den Umgang mit unserem Wasser lokal-integrativ denken: Dafür brauchen wir langfristig ein vernetztes Management, das natürliche Vorkommen und menschliche Wassernutzungen zusammen denkt.

Bei geplanten Eingriffen in die regionalen Wasserressourcen und größeren Entnahmerechten müssen alle Betroffenen von der Quelle bis zur Mündung mitsprechen und mitentscheiden können. Statt von einzelnen Lokalpolitiker:innen und Manager:innen müssen Planungen und Entscheidungen von einer breiteren gesellschaftlichen Basis entlang der hydrologischen Wirkzusammenhänge getragen werden.

Für eine basisdemokratische Kontrolle des Managements und der Entscheidungen in unseren Wassereinzugsgebieten braucht es unabhängige „Wasserräte“. Diese fällen umfassende Entscheidungen im Sinne sozial-ökologischer Nachhaltigkeit mit maximaler Transparenz und Informiertheit. Bei einem Wasserrat handelt sich um ein Gremium aus Fachleuten, Behörden, Lokalpolitiker:innen, Zivilgesellschaft und Betroffenen, die sich gegenseitig beraten, Erfahrungen austauschen, Vorschläge unterbreiten und gemeinsam Lösungen finden. Im Extremfall verfügen Betroffene über ein Vetorecht.

5. Wasserverschwendung deckeln: Water for Life, not for Luxury!

Unsere Gesellschaft kommt nicht umhin, auch ihren generellen Verbrauch zu drosseln. Denn aktuell wird bundesweit in über der Hälfte aller Landkreise mehr Grundwasser entnommen, als sich durch Niederschläge neu bilden kann. Besonders betroffen sind Regionen im Osten Deutschlands sowie Regionen mit intensiver Landwirtschaft, viel Industrie sowie Ballungszentren wie die Rheinschiene und Regionen in Niedersachsen.

Wir können uns das leichtfertige Verschwenden unserer wertvollen Ressource nicht mehr leisten: Die Politik muss die private und öffentliche Wasserentnahme begrenzen und an die natürliche Regeneration anpassen. Es braucht gezielte Bewässerung statt verschwenderischer Rasensprenger, öffentliche Freibäder statt privater Pools, Wasser für Wälder & Parks statt luxuriöse Golfplätze.

Doch auch hier gilt: Wer viel Wasser nutzt, muss mehr zahlen und einsparen!

Wer in einem Einfamilienhaus mit Garten lebt, verbraucht mehr als in einer kleinen Wohnung, wer sich einen Pool leisten kann, mehr als die Nachbar:innen mit dem Planschbecken. Hoher Wasserverbrauch hängt mit Reichtum zusammen. Wer sehr viel Wasser verbraucht, soll deshalb progressiv mehr dafür bezahlen. Es braucht ähnlich wie in der industriellen Nutzung ein gestaffeltes Preissystem: Es gibt regional unterschiedliche, aber günstige Wasserpreise für den Grundbedarf, aber bei steigenden Verbrauchsmengen höhere Preise pro Kubikmeter. Die Gewinne müssen direkt und transparent wieder in die öffentliche Wasserinfrastruktur fließen statt anderswo verwendet zu werden.

Wir brauchen Investitionen in die Wasser- und Abwasserversorgung:

Hierzulande versickern zehn Prozent des Trinkwassers in maroden undichten Leitungen. Außerdem müssen wir die Nutzung von wertvollem Trinkwasser durch neue Infrastruktur für die Grauwassernutzung zur Toilettenspülung in großen Wohnkomplexen und durch Wasserkreisläufe in industriellen Prozessen reduzieren. Die EU-Verordnung zur Wasserwiederverwendung im landwirtschaftlichen Bereich muss endlich angewendet und auf den industriellen Bereich ausdehnt werden.

INDUSTRIE

6. Reduktion industrieller Entnahmemengen: Wasserdeckel drauf!

Die Industrie zapft bislang ungehindert Flüsse und Grundwasser an. Vor allem die Kohlekonzerne wie RWE und LEAG, Chemiefirmen wie BASF und BAYER und die Nahrungsmittelindustrie nutzen fast viermal so viel Fluss- und Grundwasser wie alle Bürgerinnen und Bürger zusammen – und können dies dank jahrzehntelanger Verträge auch weiterhin tun. Beispiele wie Tesla zeigen, dass die Konzerne die Behörden mit den kostbaren Entnahmerechten sogar erpressen können, wenn das Wasser knapp wird: Ihr bekommt euer Wasser zurück, wenn wir mehr Schmutzwasser einleiten dürfen!

Die Politik schützt die aktuellen Privilegien der Großverbraucher und ermöglicht weiteres Watergrabbing. Aktuell will kein Bundesland die Entnahmemengen der Industrie beschränken. Ganz im Gegenteil: Der Chemiepark Currenta bei Leverkusen soll gerade eine neue Erlaubnis zur Entnahme von jährlich 100 Millionen Kubikmetern Grundwasser für die nächsten 30 Jahre bekommen - das ist mehr als der jährliche Trinkwasserverbrauch der Stadt Köln!

Das können wir uns in der Wasserkrise nicht mehr leisten! Wer wie viel Wasser bekommt, ist eine politische Entscheidung - die Behörden brauchen hier von der Politik klare und an die Klimakrise angepasste Rahmenbedingungen. Sie müssen die bereits genehmigten Laufzeiten und Entnahmemengen für Unternehmen zeitlich und mengenmäßig stark verringern und begrenzen. Es muss geregelt sein, dass die Förderung in Dürrezeiten wenn nötig kurzfristig stark gedrosselt werden kann. Es braucht eine Brauchwasserpflicht für Großverbraucher, die Effizienz und Wiederverwendung von Wasser in industriellen Prozessen muss verpflichtend sein. Unser wertvolles jahrtausendealtes Tiefengrundwasser ist unser Notreservoir – und muss vor Industriezugriffen geschützt werden.

7. Wer verbraucht wie viel: Wasserzähler für alle!

Dafür braucht es verlässliche Daten. Doch es gibt hierzulande keine flächendeckende und vollständige Erfassung der enormen Wasserentnahmen der Energiewirtschaft, Industrie oder Landwirtschaft. Vielerorts betreiben Landwirt:innen eigene Brunnen ohne Verbrauchsmessungen, die offiziellen Zahlen basieren auf Schätzungen oder eigenen Messdaten - so auch bei Deutschlands drittgrößtem Wasserverbraucher, dem Kohlekonzern LEAG in der Lausitz; hier wurden sogar Schweigeverträge mit Kommunen erzwungen. Echtzeit-Monitoring? Meldepflicht? Kontrollen? Fehlanzeige! Während bei Bürger:innen bereits digitale Wasserzähler eingebaut werden, fehlen Daten für Industrie und Landwirtschaft teilweise komplett.

Wir fordern, dass alle Unternehmen und Betriebe verpflichtet werden, über den tatsächlichen Verbrauch unserer Wasserressourcen korrekte Auskunft zu geben. Nur so sind fundierte Entscheidungen von Wasserwerken, Politik und Bürger:innen zur Genehmigung, Begrenzung oder Untersagung von Wasserentnahmen möglich.

8. Privilegien für Großverbraucher abschaffen: Wer Profite machen will, muss für unser Wasser zahlen!

Wenn Unternehmen unser wertvolles Grundwasser für ihre Profite nutzen wollen, müssen sie für die Entnahme dieses Gemeinguts bezahlen und dürfen die Wasserversorgung nicht gefährden. Doch bislang profitieren die großen industriellen Schlucker von einer Nulltarif-Mentalität und bequemen Gesetzeslage hierzulande. In vielen Bundesländern kostet es Konzerne fast nichts, Wasser aus Flüssen, Seen oder dem Boden zu pumpen, zu verbrauchen oder abzufüllen: Viele Bundesländer haben die Kosten pro Kubikmeter seit Jahren nicht angehoben. In Bayern, Hessen und Thüringen nutzen die Konzerne unser Wasser sogar umsonst! Trotz der Wasserknappheit wollen nur wenige Bundesländer die Entnahmeentgelte erhöhen, obwohl das nachweislich zu geringerem Wasserverbrauch führt – und damit mehr übrig bleibt für die Regeneration des Grundwassers, Privathaushalte und Landwirt:innen. Während wir auch für Duschen und Kochwasser immer mehr zahlen müssen, bedienen sich Fabriken und Werke an unserer knappen Ressource und machen Profite!

Alle - vor allem Unternehmen - müssen für Wasser einen fairen Preis zahlen. Aktuell sind die Wasserentnahmeentgelte Ländersache. Hier braucht es eine einheitliche und gerechte Regelung auf Bundesebene. Es braucht höhere Entgelte für industrielle Verbraucher:innen, die die Großverbraucher zum Wassersparen zwingen. Ein gestaffeltes Preismodell zwingt sie zu Effizienz und mehr Recycling: Die Entnahmeentgelte steigen mit jedem weiteren Kubikmeter, den die Konzerne verbrauchen wollen. Die Abgaben müssen für die Wiederherstellung der geschädigten Wasservorkommen genutzt werden. Zugleich können sie als “Klimafolgenabgabe” der fossilen wasserintensiven Unternehmen verstanden werden, die die Klimakrise anheizen: Denn allein die Überflutung der Ahrtalkatastrophe hat 40 Milliarden Euro gekostet, die Dürrejahre 2018 und 2020 ebenfalls 40 Milliarden.

9. Vorsorgeprinzip & Verursacherprinzip: Kein Gift in unser Wasser!

Fossile Agrarkonzerne, Kohleindustrie oder Pharma- und Chemieunternehmen verschmutzen unsere Gewässer in großem Stil. Ob Kali + Salz an der Werra in Kassel, BASF in Ludwigshafen oder BAYER in Leverkusen am Rhein, die LEAG an der Spree: Ihre PFAS, Pestizide und Plastik befinden sich in unserem Trinkwasser, töten empfindliche Mikroorganismen und reichern sich in Ökosystemen, Grundwasser und unseren Körpern an. Sie machen es zudem

für Wasserversorger immer schwerer und teurer, sauberes Trinkwasser zur Verfügung zu stellen.

Wir wollen daher das VORSORGEPRINZIP stärken: Denn die beste Wasserverschmutzung ist die, die überhaupt nicht stattfindet. Die Herstellung und Nutzung von schädlichen Produktions- und Inhaltsstoffen muss sofort und umfangreich eingeschränkt werden. Dies fängt an mit einem PFAS-Verbot und dem Verbot hochgefährlicher Pestizide und Pestiziden, bei denen keine aktuelle Risikoabschätzung vorliegt. Ein notwendiges PFAS-Verbot durch die EU wird seit Jahren diskutiert, doch von der Industrielobby und CDU/CSU sowie SPD bekämpft. Bei der Konzentration von Nitraten aus der Landwirtschaft in unserem Trinkwasser verletzt Deutschland seit Jahren die Grenzwerte: 50 % der Medikamentenrückstände stammen aus der Massentierhaltung. Um diesen Schadstoffeintrag nachhaltig zu reduzieren, ist eine Tierzahlreduktion hin zu einer landgebundenen Tierhaltung zentral. Dieser Umbau darf die kleinen und mittleren bäuerlichen Betriebe aber nicht alleine lassen. Auch die Pharmakonzerne müssen gezwungen werden, ihre Medikamentenherstellung so umzustellen, dass sich problematische Stoffe nicht in der Nahrungskette anreichern können. Zuletzt: Wir werden uns aus der Plastikkrise nicht hinausrecyceln, denn der größte Teil der Plastikprodukte wird verbrannt oder landet in Gewässern. Letztendlich sammelt sich Mikroplastik im Meer ebenso wie in unseren Körpern an. Wir brauchen eine deutlich stärkere Regulierung der Plastik- und Chemieindustrie, um die Produktion und Anwendung von Plastik zu reduzieren und den Einsatz von gesundheits- und umweltschädlichen Chemikalien zu verbieten.

Außerdem wollen wir das VERURSACHERPRINZIP stärken: Wer dreckig macht, macht auch sauber. Die Industrie muss genutztes Wasser sauberhalten und vollständig reinigen, bevor es wieder in Gewässer eingeleitet wird; die Kosten dafür müssen die Unternehmen tragen, nicht die Allgemeinheit. Für die Kosten und Sanierung der Schäden an Ökosystemen und der Gesundheit von Menschen müssen die Verursacher die Verantwortung tragen. Als nächsten Schritt muss die Bundesregierung die im April 2024 beschlossene EU-Abwasserrichtlinie konsequent in nationales Recht umsetzen - ohne drohende Abschwächungen und Aufweichungen! Dieses Verursacherprinzip ist aktuell durch die Pharmedien stark bedroht, noch bevor es zur Anwendung gekommen ist.

REGENERATION

10. Schwämme statt Dämme: Wasserschutz ist Klimaschutz!

In vielen Regionen folgen auf den Verlust von Grund- und Oberflächenwasser die Rufe nach neuen Fernwasserleitungen oder Entsalzungsanlagen - technischen Lösungen der menschengemachten Wasserkrise. Doch diese verschieben strukturelle regionale Probleme mit Verschmutzung oder Übernutzung von Wasservorkommen nur in die Zukunft und in andere Regionen. Statt teurer Technofixes auf Kosten der Allgemeinheit verbunden mit der weiteren Zerstörung von Ökosystemen und Flächen brauchen wir günstige, vernünftige und regionale Lösungen, die nachhaltig sind: Wir brauchen langfristige naturbasierte Ansätze statt kurzfristige Problemverschiebungen!

Dafür müssen wir nicht nur übermäßigen Wasserverbrauch begrenzen, sondern vor allem die Wasservorräte vor Ort stärken. Moore, Auen, Feuchtgebiete, Wälder sind ideale Klimaschützer und wertvolle Naturlandschaften. Sie halten Wasser in der Landschaft, sodass sich Grundwasser bilden kann, und helfen gegen Überschwemmungen und Dürren gleichermaßen. Dennoch werden diese außergewöhnlichen Lebensräume für Torfabbau, industrielle Landwirtschaft, Kanalisierungen und Straßenbau von Bergbau- und Baukonzernen zerstört. Dadurch entweichen enorme Mengen klimaschädlicher Gase in die Luft und die Wasserdurchlässigkeit und Bodenfruchtbarkeit gehen verloren. Diese Zerstörung müssen wir stoppen – für die Eindämmung der Klimakrise, für den Schutz bedrohter Arten und wirksamen Wasserschutz.

Die Versickerung von Wasser an Ort und Stelle muss erleichtert, mehr Wasser natürlich gespeichert werden können: Durch den Schutz und die Renaturierung von Wäldern und Flüssen, strukturreichen Auen, nassen Moore und die Schaffung sogenannter Schwammstädte mit mehr Grün- und Wasserflächen und weniger versiegeltem Boden schaffen wir „Wasserretentionslandschaften“. Wir helfen dem Boden, die Niederschläge wieder besser in der Landschaft halten zu können.

Dafür braucht es mutige Entscheidungen: 6,5% der Flächen in Deutschland sind aktuell versiegelt, das heißt bebaut, betoniert, asphaltiert oder gepflastert. Täglich werden 52 Hektar in Siedlungs- und Verkehrsfläche "umgewandelt". **Die Versiegelung der Landschaft durch neue Gewerbe- und Wohngebiete, Straßen und andere Baumaßnahmen muss gestoppt werden.**

Industriebrachen, überflüssige Asphalt- und Betonflächen und andere Flächen müssen für Auen, Wiesen und Grünflächen “entsiegelt” werden. Es müssen neue Wasserschutzgebiete ausgewiesen und bestehende Gebiete gegen die Interessen von Industrie und Landwirtschaft konsequent ausgeweitet werden.

Mit der Förderung von Ökolandbau und Agroforstsystemen sorgen wir für humusreiche Böden, die unsere Ernährung langfristig sichern und zudem Wasser besser speichern können. Die Landwirtschaft spielt bei der wassersensiblen Klimalandschaft der Zukunft eine zentrale Rolle. Dafür müssen auf ökologischere und klimaangepasste Landwirtschaftsmethoden und wassersparende Kulturen und Bewässerung umsteigen und diese fördern. Hold it in the soil!